Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 7gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 19. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag den 23. Januar 1925

Unstimmigkeiten.

(Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)

e. Berlin, 21. Januar.

Das neue Kabinett befindet sich durchaus nicht in angenehmer Lage. Diejenigen, die es stützen sollen, sind nur laue Freunde. Vor allem ist durch die Erklärung, die die Zentrumspartei durch ihren Vorsitzenden Fehrenbach im Reichstag abgeben ließ, die Lage noch schwieriger geworden als sie war. Der Vertrauensmann in diesem Kabinett, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, hatte vor kurzem durch ein recht auffälliges Dementi mitteilen lassen, daß er nicht etwa als ein Beobachtungsposten in ein Kabinett gestellt sei, sondern daß er sich durchaus und ganz als Vertrauensmann seiner Partei, also als Mitbeteiligter und Mitwirkender fühle, d. h. auch als Mitverantwortlicher. Aber die Erklärung, die von der Zentrumspartei bei der Aussprache über die Regierungserklärung abgegeben wurde, liegt in einer ganz anderen Richtung. Sie sagt, daß das Zentrum sich in keiner Weise als mitverantwortlich, als mitwirkend fühle, sondern daß es dem Kabinett Luther lediglich Gelegenheit geben wolle, zu zeigen, ob es etwas und was es leisten wolle, daß aber das Zentrum sich jederzeit das Recht vorbehalte, der Politik des Kabinetts seine Unterstützung zu versagen. Wenn das geschieht, ist das Kabinett gestürzt, denn das Zentrum verleiht ihm mit seinen Stimmen die Mehrheit.

Das wird noch ganz besonders deutlich dadurch, daß in der demokratischen Fraktion die Stimmen immer lauter werden, die sich dafür einsetzen, bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das neue Kabinett sich nicht der Stimme zu enthalten, sondern dagegen zu votieren. Das würde bedeuten, daß die demokratische Fraktion von ihrem ursprünglichen Entschluß, zu sehen, was das Kabinett Luther schließlich leiste, nun allmählich abzukommen droht und in eine Kampfstellung gegen dieses Kabinett hineingerät. Vielleicht spielen dabei gewisse Vorgänge, die sich am ersten Tage der großen Aussprache bei der Regierungserklärung im Reichstag ereigneten, eine nicht unerhebliche Rolle. Durch Zwischenrufe ist nach außen hin der Anschein gegeben worden, als ob die deutschnationale Fraktion jetzt nicht gewillt sei, sich grundsätzlich auf den Boden der zurzeit bestehenden Staatsform zu stellen. Daß sie vielmehr gewillt sei, trotz ihrer Stellung als Regierungspartei diese Streitpunkte hervorzukehren, obwohl sie lediglich theoretische Streitpunkte, also von gar keiner politischen Aktualität sind. Daß also die Deutschnationalen ihre Stellung als parlamentarische Regierungspartei gar nicht erkannt hätten. Diese Stellung heißt aber nichts anderes, als daß man ohne Besinnen sich dafür einsetzt, was der Vertrauensmann im Kabinett für richtig findet. Denn es ist ihr Mann und die Partei mißbilligt sich selbst, wenn sie die Politik ihres Vertrauensmannes im Kabinett mißbilligt.

Freilich sind diese Dinge nicht tragisch zu nehmen; sie werden aber natürlich von der Gegenseite praktisch ausgenutzt und dienen auch dem Zentrum als Begründung für sein kühles abwartendes Verhalten, als Begründung auch dafür, daß es sich keineswegs als Regierungspartei fühlen will. Andererseits hat das Kabinett Luther nicht das geringste Interesse daran, derartige Zwischenfälle wichtiger zu nehmen als sie sind. Und dieser Ansicht und Absicht ist ganz besonders der Vertrauensmann der Deutschnationalen im Kabinett, Herr Schiele, der als Reichsinnenminister der Träger der Innenpolitik ist. Das Kabinett Luther hat ja in seiner Erklärung ganz an den Anfang gestellt, daß es Wert darauf legt, jene Kreise zur Unterstützung zu gewinnen oder zum mindesten zu neutralisieren, die parlamentarisch nicht zur Regierungskoalition zu rechnen sind. Deswegen werden wir wohl darüber von dem Reichskanzler selbst noch nähere und eingehendere Erläuterungen hören.

Man kann politisch zu dem Kabinett Luther stehen wie man will, aber von Regierungskrisen hat das deutsche Volk genug und übergenug. Das Kabinett soll erst mal zeigen, was es will und was es leistet. Etwa auf Grund irgendwelcher Erklärungen, Zwischenrufe, Mißverständnisse oder dergleichen wieder in eine neue Krise hineinzurutschen, das verbietet sich von selbst. Taten entscheiden, nicht Worte. Nicht Erklärungen haben Wert, sondern lediglich das, was geleistet wird oder was nicht geleistet wird.

*

Ein Zwischenruf.

Berlin, 21. Januar.

Besonderes Aufsehen, das nicht ohne Nachwirkung geblieben ist, rief in der gestrigen Reichstagssitzung der Zwischenruf „Gott sei Dank!" hervor. Er wurde heute im Reichstag lebhaft besprochen. Der Zwischenruf wurde gemacht, als der sozialdemokratische Redner Abg. Breitscheid das Kabinett als eine „Etappe auf dem Wege zur Monarchie" bezeichnete. Der Ausruf stammte von dem deutschnationalen Abg. Everling. Die Berliner deutschnationalen Parteiblätter rücken heute fast alle von diesem Zwischenruf ab.

Neue Erklärungen des Kanzlers

Deutscher Reichstag.

(10. Sitzung.) CB. Berlin, 21. Januar.

Die Aussprache über die Erklärungen der neuen Regierung wurde heute fortgesetzt, und zwar kam der Sprecher der Demokraten zunächst zum Wort.

Der demokratische Führer Dr. Koch

betonte, das ganze deutsche Volk sei einig in der Verurteilung der rechts- und vertragswidrigen Weiterbesetzung der Kölner Zone. Wenn wirklich Verfehlungen von untergeordneten Organen vorgekommen seien, so böten sie doch für die Nichträumung keinen Grund, sondern nur einen Vorwand. Seine Partei werde mit allen Kräften darauf dringen, daß solche Vorwände aus der Welt geschafft würden. Weder die Soldatenspielerei noch die Superklugheit untergeordneter Organe dürfe solche Vorwände schaffen. Wenn jetzt eine Rechtsregierung gekommen sei, so sei das die Folge der

fünfjährigen Bedrückung und Mißachtung Deutschlands

durch die Entente, die dazu geführt habe, daß schließlich auch das Zentrum matt geworden sei. Jede Regierung werde die Außenpolitik fortsetzen müssen, die bisher seit 5 Jahren gemacht worden sei. Das beweise auch die Regierungserklärung. Die Deutschnationalen im Kabinett aber verschaffen Deutschland das Mißtrauen des Auslandes. Im Auslande begehe man den Irrtum, die Deutschnationalen für Wölfe in Schafspelzen zu halten. Tatsächlich hätten sie nur Wolfspelze umgehängt — was darunter stecke, brauche man nicht zu sagen. (Heiterkeit.) Seine Freunde wünschen von der neuen Regierung nicht Aggression und Aktivität, sondern Passivität und Zurückhaltung. Sie würden der Regierung in der Außenpolitik nicht von vornherein Opposition machen. Die

ablehnende Stellung seiner Partei zur neuen Regierung

gründe sich auf die Art, wie sie zustandegekommen sei, durch den unnötigen Sturz einer Regierung, der seine Freunde volles Vertrauen geschenkt hätten. In der Regierungserklärung sei die Wahrung der Staatsautorität hervorgehoben worden. Dazu gehöre vor allem, daß dem Staatsoberhaupt, dem Reichspräsidenten, die schuldige Achtung und Ehrfurcht erwiesen werde. Er erinnere im Zusammenhange daran, daß der Deutschnationale Pfarrer Koch das Material gegen den Reichspräsidenten für den Magdeburger Prozeß gesammelt habe. Graf Westarp hätte in dieser Regierung den ersten Schritt zu einer weiteren Rechtsentwicklung erblickt.

Der Redner richtet die direkte Frage an den Reichskanzler, ob er jede Agitation gegen die Republik mißbillige. (Der Reichskanzler nickt.) Auf keinen Fall dächten seine Freunde daran, der Regierung Neutralität zuzusagen. Wenn die Antwort der Regierung befriedige, würden sie ihr zunächst freies Spiel lassen. Die historische Aufgabe dieser Regierung sei es, dem deutschen Volke zu beweisen, daß keine Partei in Deutschland in der Regierung eine andere Außenpolitik treiben könne als bisher.

Abg. Görresen (Wirtschaftspartei) protestierte als Rheinländer gegen die Nichträumung der Kölner Zone. Trotz dieses schmählichen Rechtsbruches würde die Tausendjahrfeier des Rheinlandes unter der Devise stehen: Sie sollen und werden ihr Recht haben, den freien deutschen Rhein. Solange noch ein feindlicher Soldat auf deutschem Boden stünde, solange stünden seine Freunde dem Völkerbunde sehr skeptisch gegenüber. Der Redner beantragte die Nachprüfung aller von den Besatzungstruppen an Deutschen begangenen Verbrechen durch deutsche Gerichte. In der Innenpolitik erklärte der Redner, die Stellung seiner Partei zur Regierung würde von der pfleglichen Behandlung der Mittelstandsfragen abhängen.

Abg. Leicht (Bayerische Volkspartei) hält es für sehr schwer, gegen die Regierungserklärung an und für sich vorzugehen. Er erklärte, daß das Zentrum sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohl bewußt sei, daher habe es auch eine Fülle von Bedingungen gestellt. Mit Befriedigung hätte seine Partei auch vernommen, daß die Beziehungen zwischen Reich und Ländern gefördert werden sollen. Das Dawes-Abkommen könne unmöglich durchgeführt werden, wenn die deutsche Handelsbilanz weiter passiv bleibe. Die heimische Produktion müsse durch Schutzzölle in den erforderlichen Grenzen geschützt werden. Seine Partei sei bereit, für die Erhaltung des sozialen Friedens Opfer zu bringen. Nicht weniger liege ihr aber auch die Erhaltung des konfessionellen Friedens am Herzen.

Der nationalsozialistische Abg. von Graefe stellte an die Spitze seiner Betrachtungen eine Äußerung Heinrich von Treitschkes, der in einem Vortrage einmal Frankreich als das typische Land der demokratischen Republik bezeichnet hatte, weil dort die Herrschaft der Börse über das Land und die Herrschaft Rothschilds über die Börse bestehe. Heute könnte er, so fuhr der Redner fort, Deutschland als Beispiel wählen. Er brauchte nur statt Rothschild die Barmats, Kutisker und andere Schieber als Herrscher der Börse zu nennen. Seine Partei könne die Regierung niemals unterstützen, denn in dieser Pseudorepublik seien alle Regierungen nur Marionetten der tatsächlich regierenden Börse. Als der Redner ausführte, daß seine Partei wohlgeordnetes und gesichtetes Material in der Korruptionsangelegenheit hätte, entstand bei seinen Darlegungen großer Lärm bei den Sozialisten, die ihm zuriefen, er solle doch damit herauskommen. Der Redner aber lehnte dies ab, weil er sagte, er würde es später tun und dann immer noch früher als den Anfern lieb sei. Seine Partei verlange, daß den Abgeordneten die Übernahme oder Beibehaltung von Aufsichtsratsposten gesetzlich verboten werde. Insbesondere bemängelte der Redner, daß der frühere Reichsverkehrsminister Oeser mit einem Riesengehalt an die Spitze der internationalen Reichsbahngesellschaft getreten sei. Der Redner schloß mit der Erklärung, seine Freunde könnten dem Billigungsantrag für die Regierung nicht zustimmen, sie würden aber kein Mißtrauen zum Ausdruck bringen, um nicht den Kampf der Wirth und Severing zu unterstützen.

*

Reichskanzler Dr. Luther spricht:

Der Kanzler stellte mit Befriedigung fest, daß sein außenpolitisches Programm im Reichstage eine breite zustimmende Front gefunden habe, auch bei den Parteien, die in der Regierung nicht vertreten seien und zum Teil seine Innenpolitik bekämpften. Diese Tatsache sei eine wesentliche Stärkung der außenpolitischen Position der Reichsregierung.

Er stellte weiter fest, daß in keinem Stadium der Verhandlungen über die

Räumung der Kölner Zone

von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden sei, in der Weise, daß die Räumung der Kölner Zone in Verbindung mit der Räumung anderer Gebiete gebracht werde. Es sei eine falsche Annahme, daß durch die Entscheidung der Alliierten über die Kölner Zone auch die Ruhrräumung verschoben worden sei. Der Kanzler erklärte dazu:

Uns liegen maßgebende Erklärungen der französischen Regierung vor, nach denen sich an den Zusagen des französischen Ministerpräsidenten nichts durch die Entscheidung über Köln geändert hat. (Lachen bei den Kommunisten.)

Zu den Fragen Dr. Breitscheids über die Zeitfreiwilligen kann ich erklären, daß die Regierung der Entente schon vor längerer Zeit eingehende Mitteilung darüber gemacht hat, daß sie in dieser Angelegenheit nur innerpolitische Gründe gehabt habe, die nicht mehr existieren. (Lärm bei den Kommunisten: „Dann seid Ihr ja Landesverräter.")

Über diese Mitteilungen etwa hinausgehendes Material, über das die Entente verfügt, ist uns leider nicht zur Nachprüfung übermittelt worden. Die Bekanntgabe solcher Vorgänge, ich sage dies im Gegensatz zu Dr. Breitscheid, schadet uns doch, weil die Mitteilungen gewaltig übertrieben von der Auslandspresse in der ganzen Welt gegen uns ausgenutzt werden (Rufe rechts: Das ist nicht zu milde gesagt.) Auf die demokratischen Fragen habe ich zu antworten, daß für die vaterländischen Verbände ganz selbstverständlich wie für alle anderen die Gesetze in Anwendung gebracht werden. Graf Westarp wünschte auch wohl nicht eine Förderung der Verbände, sondern der vaterländischen Bewegung, die wir allerdings auch begrüßen. (Lachen links.) Ich bedaure, daß bei der Erörterung der Finanzskandale die Person des Reichspräsidenten in die Debatte gezogen worden ist. (Lachen bei den Kommunisten.) Der Gedankengang des Abg. Graefe hinsichtlich des Reichsbahnpräsidenten ist ganz unmöglich. Wir haben es gerade begrüßt, daß durch die Berufung des bisherigen Reichsverkehrsministers an diese Stelle die Kontinuität der Verwaltung gewährleistet wurde. Er bezieht auch kein höheres Gehalt wie vorher als Minister.

Seit Jahrzehnten besteht schon die gesetzliche Bestimmung, daß Beamte nur mit Zustimmung der Behörde Aufsichtsratsposten übernehmen und daß sie daraus keine Remunerationen beziehen dürfen. Minister, die in ein Kabinett eintreten, legen vorher ihre Aufsichtsratsposten nieder.

(Von den Kommunisten wird jetzt fortgesetzt laut gerufen: Sie haben noch nichts über Amnestie gesagt! Amnestie! Amnestie! Amnestie! Vizepräsident Dr. Rießer bemüht sich vergebens, mit der Glocke Ruhe zu schaffen. Der Reichskanzler ruft: Ich habe zur Frage der Amnestie namens der Reichsregierung keine Erklärung abzugeben! Hierauf wiederholen sich die kommunistischen Amnestierufe und Vizepräsident Dr. Rießer droht den Rufern den Ausschluß an. Der kommunistische Abgeordnete Dr. Schwarz (Berlin) ruft weiter und wird von der Sitzung ausgeschlossen. Trotz der wiederholten Aufforderung des Vizepräsidenten bleibt Abgeordneter Dr. Schwarz im Saale. Vizepräsident Dr. Rießer unterbricht die Sitzung auf fünf Minuten. Während der Pause verläßt Abgeordneter Dr. Schwarz, begleitet von seinem Fraktionsfreund Katz, den Saal. Vizepräsident Dr. Rießer stellt dies nach Wiedereröffnung der Sitzung fest und teilt mit, daß Abgeordneter Dr. Schwarz nunmehr auf die Dauer von acht Sitzungen ausgeschlossen sei. Er erteilte dann dem Reichskanzler wieder das Wort.)

Reichskanzler Dr. Luther erklärt in seinen weiteren Ausführungen, die neue Regierung wolle sich eifrig der Interessen der Auslandsdeutschen annehmen. (Beifall.) Er sagt weiter:

Ueber die Frage der Staatsform habe ich mich schon in der Regierungserklärung unmißverständlich geäußert. Abgeordneter Koch hat an mich die konkrete Frage gerichtet: Mißbilligen Sie jede Agitation gegen die Republik? Selbstverständlich ja! Anderseits beachte ich auch den Artikel 118 der Verfassung, der jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der gesetzlichen Schranken einräumt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF